



Leseprobe

Unsere Fachinhalte bieten Ihnen praxisnahe Lösungen, wertvolle Tipps und direkt anwendbares Wissen für Ihre täglichen Herausforderungen.

- ✓ **Praxisnah und sofort umsetzbar:** Entwickelt für Fach- und Führungskräfte, die schnelle und effektive Lösungen benötigen.
- ✓ **Fachwissen aus erster Hand:** Inhalte von erfahrenen Expertinnen und Experten aus der Berufspraxis, die genau wissen, worauf es ankommt.
- ✓ **Immer aktuell und verlässlich:** Basierend auf über 30 Jahren Erfahrung und ständigem Austausch mit der Praxis.

Blättern Sie jetzt durch die Leseprobe und überzeugen Sie sich selbst von der Qualität und dem Mehrwert unseres Angebots!

3.3.2 Umsetzung des Sicherstellungsauftrages

Da die Pflegekassen die Geldleistungen selbst erbringen, müssen sie somit für die Sachleistungen entsprechende Versorgungsverträge und Vergütungsvereinbarungen mit den Pflegeeinrichtungen bzw. deren Interessensverbänden im stationären und ambulanten Bereich abschließen. Nur durch einen entsprechenden Vertragsabschluss ist der Leistungserbringer nach § 72 Abs. 2 SGB XI berechtigt, an der Gesamtversorgung zulasten der Pflegeversicherung teilzunehmen. Weiterhin können nach § 75 SGB XI auf Bundes- und/oder Landesebene sog. Rahmenverträge abgeschlossen werden, die sowohl für die Pflegekassen als auch für die Pflegeeinrichtungen verbindlich sind. Die Bundes- bzw. Landesverträge regeln insbesondere:

Versorgungsverträge und Vergütungsvereinbarungen

- den Inhalt der Pflegeleistungen sowie bei stationärer Pflege die Abgrenzung zwischen den allgemeinen Pflegeleistungen, den Leistungen bei Unterkunft und Verpflegung und den Zusatzleistungen
- die allgemeinen Bedingungen der Pflege, Kostenübernahme, Abrechnung der Entgelte und der erforderlichen Bescheinigungen und Berichte
- die Maßstäbe und Grundsätze für Wirtschaftlichkeit, personelle und sächliche Ausstattung der Pflegeeinrichtungen
- die Überprüfung der Notwendigkeit und Dauer der Pflege
- Abschlüsse für Abwesenheiten in der stationären Pflegeeinrichtung

Regelungen der Rahmenverträge

- den Zugang zum Medizinischen Dienst der Krankenversicherung bzw. anderen zugelassenen Gutachtern und von den Pflegekassen beauftragten Prüfern zu den Pflegeeinrichtungen
- die Grundsätze der Wirtschaftlichkeitsprüfungen
- die Grundsätze der Festlegung der Einzugsbereiche der Pflegeeinrichtungen
- die Möglichkeiten der Unterstützung ehrenamtlich tätiger Pflegepersonen zu Selbsthilfegruppen

Beschreibung der Rahmenbedingungen und Voraussetzungen

Die Rahmenverträge nach § 75 SGB XI und die Versorgungsverträge nach § 72 SGB XI beschreiben somit die Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für die Erbringung der pflegerischen Leistungen. Die Vergütung, die an die jeweilige Pflegeeinrichtung gezahlt wird, wird jedoch in Vergütungsvereinbarungen nach den §§ 84 bis 90 SGB XI geregelt. Es kommen Vertrags- bzw. Vergütungsvereinbarungen vor allem für folgende Leistungen der Pflegeversicherung infrage:

- Häusliche Pflege (§ 36 SGB XI)
- teilstationäre und stationäre Versorgung (§§ 41 bis 43 SGB XI)
- Versorgung Pflegehilfsmittel (§ 40 SGB XI)

Welche Gründe hat die Splittung zwischen Verträgen und Vergütungsvereinbarung

Interessant ist die Frage, weshalb der Gesetzgeber eine Splittung der Rahmen- und Versorgungsverträge einerseits und der Vergütungsvereinbarungen andererseits vorgenommen hat: Ziel war es, eine Zulassung der Pflegeeinrichtung oder des sonstigen Leistungserbringers nicht davon abhängig zu machen, ob auch tatsächlich eine Vergütungsvereinbarung zustande kommt, um auch die Vielfalt der Leistungsanbieter zu gewährleisten.

Und noch etwas ist von Interesse – die Personalbemessung in der Pflege! Der Gesetzgeber hat in § 75 Abs. 3 SGB XI grundsätzlich die Vorgaben der Personalbemessung der ambulanten und stationären Leistungsanbieter den Ländern überlassen und entsprechende Personalkennzahlen und -richtwerte sind in den Landesrahmenverträgen festzulegen. Aber der Gesetzgeber verweist ausdrücklich darauf, dass hierbei jeweils der Pflege- und Betreuungsbedarf von Pflegebedürftigen

*Personalbemessung
Ländersache*

- mit geistigen Behinderungen
- mit psychischen Erkrankungen
- mit demenzbedingten Fähigkeitsstörungen oder
- mit anderen Leiden des Nervensystems

*Besondere Pflege- und
Betreuungsbedarfe*

besonders beachtet werden soll. Weiterhin sollen bei der Personalbemessung auch Erfahrungen auf internationaler Ebene beachtet und berücksichtigt werden. Diese müssen jedoch in Deutschland erprobt und für gut befunden sein. Selbstverständlich muss ebenfalls die bundesweit geltende Heimpersonalverordnung im stationären Bereich beachtet werden. Durch die Änderung in Pflegegrade – und die Abstufung der Leistungen in den Graden 1 und 2 – werden sich auch die Personalbemessungszahlen der stationären Pflege mit Ende des Bestandsschutzes im Jahr 2019 verändern. Es ist abzuwarten, dass die Fachkräftequote sinken wird. Ob dies positiv zu bewerten ist, bleibt abzuwarten.

Sollte es zwischen den Vertragsparteien hinsichtlich des Versorgungsvertrages oder der Vergütungsvereinbarung innerhalb von sechs Monaten zu keiner Einigung kommen, besteht die Möglichkeit, auf Antrag einer der Vertragsparteien, die Schiedsstelle nach § 76 SGB XI

*Schiedsstelle nach § 76
SGB XI*

einzuschalten. Diese Schiedsstelle besteht aus Vertretern der Pflegekassen und Vertretern der jeweiligen Leistungsanbieter. Sie hat die Aufgabe, zwischen den Vertragsparteien zu vermitteln und eine gütliche Einigung zu erreichen. Hinsichtlich der Pflegesatzvereinbarung kann die Schiedsperson sogar das Vergütungsentgelt rechtsverbindlich festlegen.

Öffentlich-rechtlicher
Versorgungsvertrag

Interessant ist noch ein anderer Aspekt der Pflegeversicherung. Der Versorgungsvertrag zwischen dem Leistungserbringer und den Pflegekassen ist ein öffentlich-rechtlicher Versorgungsvertrag. Der Versicherte selbst schließt jedoch fast immer auch noch zusätzlich einen Pflege- oder Heimvertrag mit dem Leistungsanbieter ab, z. B. mit dem ambulanten Pflegedienst oder dem Pflegeheim. Dann handelt es sich jedoch um eine privatrechtliche Vertragsbeziehung.

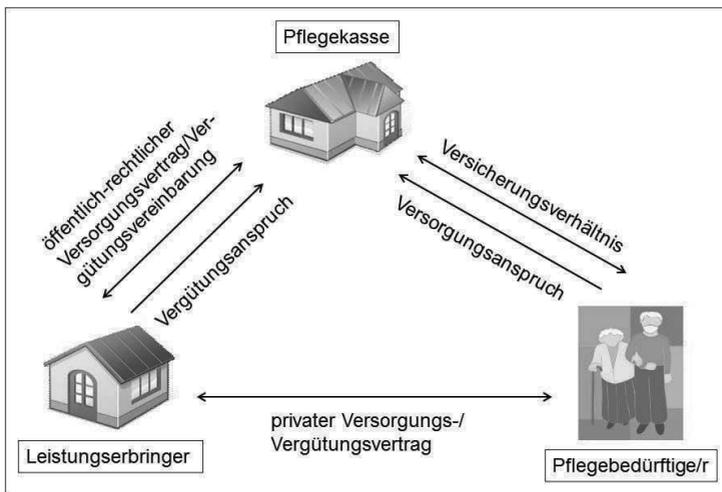


Abb 3.3.2.1: Die Vertragsbeziehung in der Pflegeversicherung, Quelle: Roland Sader

Bestelloptionen



Praxishandbuch Pflegestärkungsgesetz

Sie haben Fragen zum Produkt oder benötigen Unterstützung bei der Bestellung? Unser Kundenservice ist für Sie da:

☎ 08233 / 381-123 (Mo - Do 7:30 - 17:00 Uhr, Fr 7:30 - 15:00 Uhr)

✉ service@forum-verlag.com

Oder bestellen Sie bequem über unseren Online-Shop:

[Jetzt bestellen](#)